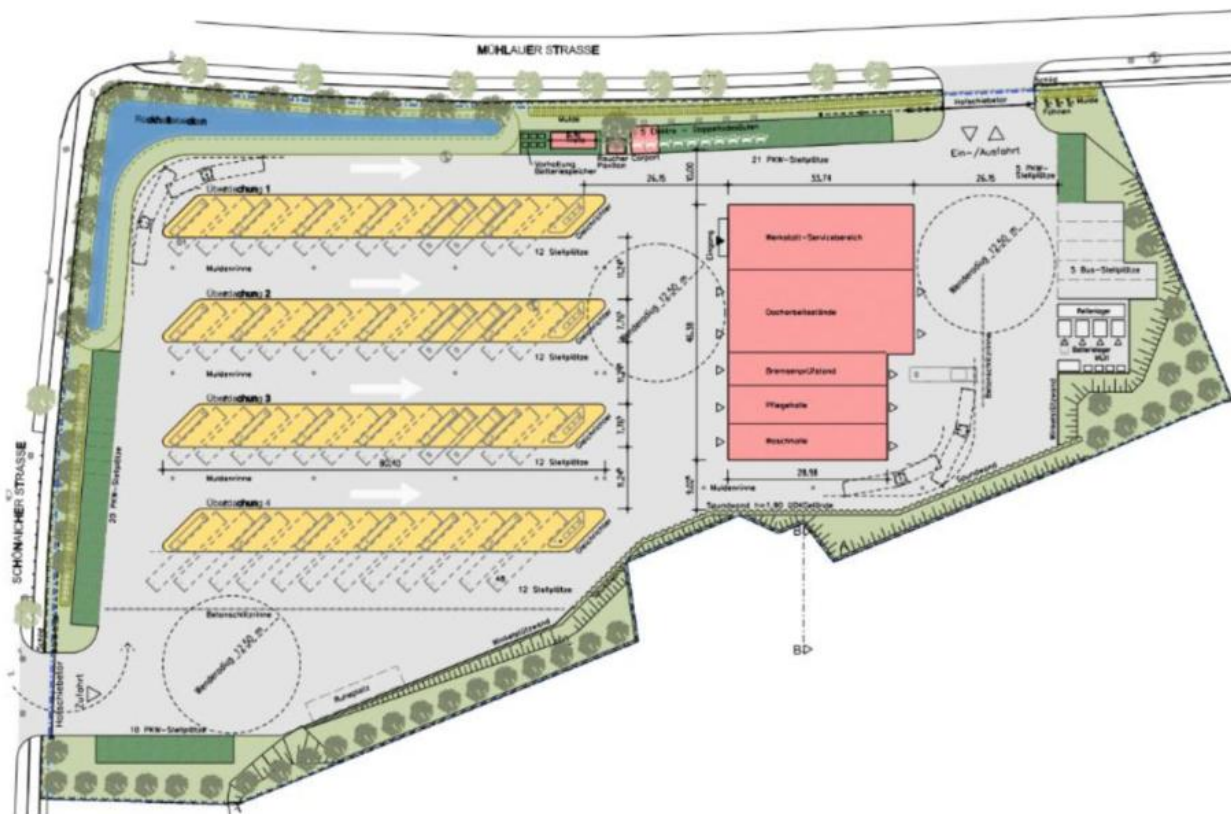


# Vergabeunterlagen



## für die Vergabe von Bauleistungen zur Errichtung eines neuen Betriebshofes

## Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einführung .....</b>	<b>4</b>
1.1 Ausgangslage / Ziele .....	4
1.2 Erbetene Angebote .....	7
1.3 Ablauf des Vergabeverfahrens.....	7
<b>2. Bedingungen für die Angebotsabgabe.....</b>	<b>9</b>
2.1 Grundlagen des Vergabeverfahrens .....	9
2.2 Inhalt und Aufbau der Angebote .....	9
2.3 Bietergemeinschaften .....	11
2.4 Änderungen und Korrekturen an den Angeboten.....	11
2.5 Nebenangebote und mehrere Hauptangebote .....	11
2.6 Unklarheiten / Rechtsverstöße / Fragen .....	11
2.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	12
2.8 Nachunternehmer .....	12
2.9 Angebotsfrist und Terminplan .....	13
2.11 Geheimhaltung.....	14
2.12 Schutzrechte .....	14
2.13 Vorbehalt der Aufhebung .....	14
2.14 Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen.....	14
2.15 Vergabekammer .....	15
<b>3. Leistungsinhalt.....</b>	<b>17</b>
3.1 Leistungsanforderungen und -umfang .....	17
3.2 Vergütung / Pauschalpreis .....	17
3.3 Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen .....	17
3.4 Optimierungsvorschläge .....	17
<b>4. Wertungssystem und Zuschlagskriterien .....</b>	<b>19</b>
4.1 Wertungssystem .....	19
4.2 Zuschlagskriterien.....	19
4.2.1 Wertungsrelevanter Pauschalpreis .....	20
4.2.2 Qualität des Konzepts .....	21
4.2.2 Reaktionszeiten.....	22

Anlagenspiegel .....	23
----------------------	----

# 1. Einführung

## 1.1 Ausgangslage / Ziele

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH ist ein kommunales Busunternehmen und als Mobilitätsdienstleister im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Landkreis Mittelsachsen tätig. Der Unternehmenszweck erstreckt sich dabei auf alle Produkte des Linienverkehrs gemäß §§ 42 und 43 PBefG, sowie auf Leistungen, die vom PBefG freigestellt sind. Zu dieser Mobilitätsdienstleistung zählt der Regionalverkehr, der Stadtverkehr und der freigestellte Schülerverkehr. Darüber hinaus ist die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH im Gelegenheitsverkehr gemäß §§ 48 und 49 PBefG tätig u. a. mit Ausflugsfahrten, im Mietomnibusverkehr oder Schienenersatzverkehr.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH beschäftigt 460 Mitarbeiter und bedient mit einem Fuhrpark von 237 Bussen 173 eigene Linien, davon 121 gemäß § 42 PBefG und 52 gemäß § 43 PBefG. Die Liniennetzlänge beträgt 4.119 km. Auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages werden jährlich ca. 10,0 Mio. Fahrgäste befördert und 12,1 Mio. Fahrplankilometer erbracht.

Die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH verfügt über fünf Betriebshöfe, die den gesamten Landkreis Mittelsachsen in seiner Fläche erschließen. Die Betriebshöfe befinden sich in Mittweida (Stammsitz), Hartmannsdorf, Döbeln, Freiberg und Eppendorf. Die Betriebshöfe wurden Mitte der neunziger Jahre neu errichtet bzw. teilmodernisiert. Der älteste Betriebshof (Baujahr 1931) befindet sich in Hartmannsdorf und entspricht als einziger Standort nicht den Anforderungen eines modernen ÖPNV-Betriebshofes.

Im Zuge der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen der Clean Vehicle Directive (CVD) plant die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH den Neubau eines Betriebshofes ausschließlich für Fahrzeuge mit batterieelektrischem Antrieb, im Gewerbegebiet Hartmannsdorf, Mühlauer Straße 9. Das für diesen Zweck erworbene Grundstück umfasst 19.429 qm und wird für eine Werkstatt -und Servicehalle, ein Sozialgebäude, eine Waschhalle sowie Lade- und Abstellflächen für 48 Elektrobusse ausgelegt sein. Mit dem neuen Betriebshof wird die REGIOBUS Mittelsachsen GmbH die Anforderungen der CVD umsetzen bzw. einhalten und gleichzeitig Innovationstreiber bei der Umstellung auf emissionsfreie Antriebe im öffentlichen Personenverkehr sein. Das Projekt soll die moderne Infrastruktur, ökologische Verantwortung und die notwendige Betriebskapazität

für die wachsende E-Bus-Flotte vereinen. Ziel ist eine vollständige Dekarbonisierung des Busbetriebs am Standort Hartmannsdorf.

Vom Standort Hartmannsdorf werden 31 Regionallinien und 27 Schülersonderlinien bedient, davon zwei PlusBus-Linien mit permanenten Rendezvous am Omnibusbahnhof Hartmannsdorf (Hartmannsdorfer Kreuz) sowie eine Bahnersatzlinie mit Bahnverknüpfung. In der Schulzeit werden an den Verkehrstagen von Montag bis Freitag pro Tag 31 Dienste (davon 7 geteilte Dienste), in der Ferienzeit 25 Dienste (davon 2 geteilte Dienste), samstags 8 Dienste sowie sonn- und feiertags 7 Dienste erbracht.

Die Disposition der Dienste wird mit 57 Mitarbeitern im Fahrdienst und 4 Mitarbeitern der Verkehrsaufsicht abgebildet. Zukünftig ist verkehrstechnologisch in Abstimmung mit der Gemeinde Hartmannsdorf eine Verknüpfungsstelle der PlusBus-Linien direkt im Gewerbegebiet in unmittelbarer Nähe zum neuen Betriebshof geplant.

Die Dienstzeiten der vor Ort personalbesetzten Verkehrsaufsicht sind Montag bis Freitag von 03:45 Uhr bis 21:10 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen wird der Betriebshof zentral vom Standort Mittweida gesteuert und überwacht.

Für die Planung der Ladeinfrastruktur und der Technologieauswahl werden sogenannte Depotlader favorisiert. Bei Depotladung wird ein Ladekonzept gewählt, dass eine Nachladung der Fahrzeuge während der Betriebspause, i.d.R. über Nacht, aber auch tagsüber, ermöglicht. Die Aufladung der Batterie wird zu Zeiten durchgeführt, in denen das Fahrzeug länger auf dem Betriebshof steht.

Die Einführung eines Betriebshofmanagementsystems inklusive des Lademanagements ist für den neuen Betriebshof zwingend notwendig, um einen gesicherten und geregelten Betriebsablauf und Fahrzeugeinsatz zu gewährleisten. Das Betriebshofmanagementsystem muss in Zusammenarbeit mit dem Lademanagement sicherstellen, dass die Fahrzeuge mit Einsatzbeginn für den zugewiesenen Dienst ausreichend geladen und vorkonditioniert sind. Das bedeutet, dass die Fahrzeuge jahreszeitabhängig vorklimatisiert oder vorgeheizt werden müssen, um diesen Energiebedarf nicht der Batteriekapazität für den Fahrbetrieb zu entziehen.

Das Sozialgebäude mit Pausen-, Umkleide- und WC-Räumen wird durch die Mitarbeiter der REGIOBUS Mittelsachsen GmbH genutzt. Die Werkstattarbeiten werden ohne

besondere Lärm-Emissionen durchgeführt. Das Werkstattkonzeptes beinhaltet die Wartung, Instandhaltung, Reparatur sowie Wasch- und Pflegearbeiten der eigenen Fahrzeugflotte. In der Planung des neuen Betriebshofes sind PV-Anlagen auf den Dächern vorgesehen, deren erzeugte Energie vorrangig zum Eigenverbrauch verwendet werden soll. Die geplanten Stromspeicher als Ergänzung der PV-Anlagen können den Effekt noch verstärken.

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens sind die Bauleistungen für den Neubau des Betriebshofes. Folgende Bauleistungen sind insbesondere Leistungsgegenstand:

- ein Betriebsgebäude mit Werkstatt -und Servicebereiche und Waschhalle
- 4 Überdachungen für 48 Elektrobusse
- ein Trafogebäude mit Batteriespeicher (Bemessungsleistung des Transformators SrT: 1.600 kVA, maximaler Einschaltstrom: 1100 A. Batteriespeicher Einspeiseleistung in kVA: 50.0, Netzanschlussleistung in kVA 0.0, nutzbare Speicherkapazität kWh: 372.0.)
- eine PV-Aufdachanlage
- ein Metallcontainer als Reifenlager
- 56 PKW-Stellplätze, 5 Bus-Stellplätze
- ein Raucherpavillon
- ein Carport

Die weiteren Einzelheiten sowie die konkreten Leistungen sind insbesondere der funktionalen Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) zu entnehmen.

Mit diesem europaweiten Vergabeverfahren will die RBM ein zuverlässiges, leistungsfähiges und qualifiziertes Bauunternehmen auswählen, welches die Bauleistungen fristgemäß und innerhalb der Kosten erbringt.

## 1.2 Erbetene Angebote

Die bestmögliche Umsetzung des vorstehend beschriebenen Vorhabens sowie die damit verfolgten Ziele setzen voraus, dass die Angebote in jedem Verfahrensstadum die Mindestanforderungen erfüllen, die in diesen Vergabeunterlagen festgelegt sind.

Ausgehend von diesen Vergabeunterlagen, den in den Vergabeunterlagen beschriebenen Gegebenheiten und Mindestanforderungen sowie den beigefügten Unterlagen müssen die Angebote der Bieter insbesondere die in **Kapitel 2**, Ziffer 2.2 näher beschriebenen Unterlagen und Erklärungen enthalten. Für ggf. mögliche Nachforderungen gelten die Vorgaben unter Ziffer 2.2.

Der jeweilige Leistungsinhalt wird in **Kapitel 3** sowie in der Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) und dem Vertrag mit Vertragsanlagen (**Anlage 2**) dargestellt. Die Bieter müssen für ihre Angebotserstellung zudem bei der Kalkulation der anzubietenden Leistungen die genannten Vorgaben berücksichtigen.

Für die Angebotswertung benennt **Kapitel 4** die Zuschlagskriterien mit den Grundsätzen zur Wertung der Angebote.

## 1.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

Die RBM führt ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb nach § 13 Abs. 1, § 15 SektVO durch. Die RBM stellt den Bietern eine funktionale Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) zur Verfügung. Aufgrund der Komplexität der zu erbringenden Bauleistungen bedarf es entsprechender Verhandlungen.

In der ersten Stufe des Verhandlungsverfahrens, dem Teilnahmewettbewerb, wählt die RBM die Bewerber nach ihrer Eignung aus. Nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs beginnt mit der Aufforderung der ausgewählten Bieter das eigentliche Verhandlungsverfahren. Die Bieter haben für die Erstellung ihres indikativen Erstangebotes die Anforderungen dieser Vergabeunterlagen an die Angebote zugrunde zu legen und in ihre Kalkulation einzubeziehen.

Die Bieter dürfen **bis zum 27.07.2026, 12:00 Uhr**, die abgefragten indikativen Erstangebote elektronisch einreichen.

Nach Prüfung und Auswertung der indikativen Erstangebote wird die RBM mit den Bietern, die ein Angebot eingereicht haben, Verhandlungsrunden führen. Die Verhandlungsrunden dienen zur Angebotspräsentation und zur Klärung von Unklarheiten und Nachfragen. Ferner will die RBM mit den Bietern die besonderen Herausforderungen des Bauprojektes erörtern. Außerdem sollen die Bieter etwaige, sich aus dem Entwurf des Vertrags (**Anlage 2**) ergebende Unklarheiten oder Benachteiligungen benennen, die Gegenstand der Verhandlungsrunden werden. Zudem dürfen die Bieter mit ihrem indikativen Erstangebot Optimierungsvorschläge zur Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) sowie zum Vertrag (**Anlage 2**) einreichen, die dann in den Verhandlungsrunden besprochen werden können.

Die RBM wird den Bietern in voraussichtlich jeweils einer Verhandlungsrunde Gelegenheit zur Präzisierung ihrer Angebote geben. Dazu können einzelne Vorschläge der Bieter - soweit keine gesetzlichen Schutzrechte bestehen - den übrigen Bietern zur Optimierung ihrer Angebote zur Kenntnis gegeben werden. Während der Verhandlungen werden die Bieter ggf. weitere, für die Angebote notwendige Informationen erhalten. Ferner wird die RBM ihre Anforderungen an die Angebote ergänzen und konkretisieren. Der Entwurf des Vertrags (**Anlage 2**) wird von der RBM im Laufe der Verhandlungen weiter ausgearbeitet und mit den Bietern abschließend verhandelt. Die Bieter sollen ihre indikativen Erstangebote auf Grundlage dieser Informationen überarbeiten und präzisieren.

Die Verhandlungen mit den Bietern werden voraussichtlich in der KW 33 geführt. Die Bieter müssen sich die genannten Termine vormerken. Die Verhandlungen werden als Hybrid-Veranstaltungen durchgeführt. Einzelheiten hierzu werden im Rahmen der Einladung zu den Verhandlungen bekannt gegeben.

Am Ende des Verhandlungsverfahrens sollen die Bieter letztverbindliche annahmefähige Angebote abgeben. Diese abschließenden Angebote sind zeitgleich auf der Grundlage des ausverhandelten und ausformulierten Vertrags (**Anlage 2**) einzureichen. Sie dürfen keine Vorbehalte enthalten.

Die RBM wird die letztverbindlichen Angebote prüfen und die wertbaren Angebote nach den in Kapitel 4 genannten Zuschlagskriterien mit den dort genannten Grundsätzen werten. Nach Auswertung der letztverbindlichen Angebote informiert die RBM – vorbehaltlich einer vollständigen oder teilweisen Aufhebung des Vergabeverfahrens – die Bieter gemäß § 134 GWB über die geplanten Zuschlagserteilungen und erteilt nach Ablauf der Vorabinformationsfrist den Zuschlag.

## **2. Bedingungen für die Angebotsabgabe**

### **2.1 Grundlagen des Vergabeverfahrens**

Die Erfahrung hat gezeigt, dass Bieter teilweise mit den Vorschriften des Vergaberechts nicht oder nicht hinreichend vertraut sind und deshalb eine Vielzahl von Formfehlern begehen. Dies führt aufgrund des anzuwendenden Grundsatzes der Chancengleichheit in der Regel zum Ausschluss des jeweiligen Angebotes aus formalen Gründen. In diesen Vergabeunterlagen werden daher die wesentlichen Anforderungen an die Angebote der Bieter ausführlich erläutert. Zusätzlich gelten die vergaberechtlichen Bestimmungen, insbesondere des GWB und der SektVO

Die RBM vergibt den Auftrag im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit vorgeschaltetem europaweitem Teilnahmewettbewerb auf der Grundlage von § 13 Abs. 1, § 15 SektVO, dieser Bedingungen für die Angebotsabgabe und der weiteren Vergabeunterlagen einschließlich Anlagen. Zudem wird die RBM für den Bieter, dessen Angebot für den Zuschlag vorgesehen ist, eine Anfrage beim Wettbewerbsregister stellen.

Die RBM weist ausdrücklich darauf hin, dass sich die beigefügten Vergabeunterlagen mit Anlagen während der Angebotsabgabe und während des Verhandlungsverfahrens innerhalb der vergaberechtlichen Grenzen weiterentwickeln und ändern können.

### **2.2 Inhalt und Aufbau der Angebote**

Die Angebote müssen sich auf sämtliche anzubietende Leistungen erstrecken sowie die in diesen Vergabeunterlagen geforderten Unterlagen, Erklärungen und Angaben vollständig enthalten.

Die Nachforderung von Erklärungen und Nachweisen unter Fristsetzung richtet sich nach § 51 SektVO.

Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Das Angebot ist in sämtlichen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Unterlagen, die in einer Fremdsprache eingereicht werden, sind beglaubigte oder von einem öffentlich bestellten oder vereidigten Übersetzer oder Dolmetscher angefertigte Übersetzungen beizufügen. Dies gilt auch für Prospekte, Dokumentationen und Handbücher.

Das Einführen von bewerbereigenen AGBs ist **nicht** gestattet. Enthalten die Angebote Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bewerbers oder etwaige Verweise auf diese, führt dies keinesfalls zu deren Geltung: Jegliche Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des Bewerbers sind nicht Vertragsbestandteil (BGH, Urteil vom 18.06.2019, Az. X ZR 86/17).

Die Angebote sind elektronisch über die elektronische Vergabepattform einzureichen. Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Angebote sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den der Vergabepattform hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Folgende Unterlagen sind mit dem jeweiligen Angebot mindestens einzureichen:

1. **Vollständig ausgefülltes Angebotsformular** mit Angaben zu den Zuschlagskriterien etc. gemäß **Anlage 3**
2. **Ausgefülltes Preisblatt**
3. **Baukonzept mit Bauablaufterminplan** (siehe unter Ziffer 4.2.2)
4. Gegebenenfalls **Optimierungsvorschläge des Bieters** (siehe unter Ziffer 3.4)
5. Gegebenenfalls **Nachunternehmererklärung (Anlage 4)**
6. Gegebenenfalls **Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer (Anlage 5)**

7. **Nach Angebotsabgabe** durch besondere Aufforderung durch den Auftraggeber innerhalb von 7 Tagen: **Urkalkulation** in einem verschlossenen Umschlag

## 2.3 Bietergemeinschaften

Die nachträgliche Bildung einer Bietergemeinschaft ist unzulässig. Nur wenn sich bereits im Teilnahmewettbewerb eine Bewerber- / Bietergemeinschaft gebildet hat und diese Bietergemeinschaft zur Angebotsabgabe aufgefordert wurde, ist die Teilnahme einer Bietergemeinschaft zulässig.

## 2.4 Änderungen und Korrekturen an den Angeboten

Änderungen oder Korrekturen sind nur bis zum Ablauf der jeweiligen Angebotsfrist zulässig. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

## 2.5 Nebenangebote und mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von Nebenangeboten ist unzulässig.

## 2.6 Unklarheiten / Rechtsverstöße / Fragen

Enthalten die Vergabeunterlagen und / oder die den Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstige Informationen Unklarheiten, Fehler oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die RBM unverzüglich, spätestens jedoch vor jeweiliger Angebotsabgabe, schriftlich darauf hinzuweisen. Die Hinweispflicht gilt entsprechend, wenn Bieter - gleichgültig zu welchem Zeitpunkt - Fehler in den jeweiligen Vergabeunterlagen oder in der Abwicklung des Vergabeverfahrens erkennen oder zu erkennen glauben.

Rügt ein Bieter einen Vergabeverstoß, eine Unklarheit oder eine aufklärungsbedürftige Tatsache nicht, kann er sich auf eine Unklarheit, einen Fehler oder die Verstöße im Rahmen der Vorgaben des § 160 Abs. 3 GWB nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken zu übernehmen und in sein Angebot einzukalkulieren.

Fragen der Bieter sind ausnahmslos schriftlich und für die indikativen Erstangebote **spätestens bis zum 17.07.2026** über die elektronische Vergabeplattform einzureichen.

Die RBM wird ergänzende und berichtigende Angaben in einem Fragen- und Antwortenkatalog zusammenfassen und diesen auf der elektronischen Vergabeplattform veröffentlichen.

Die letzte Aktualisierung des Fragen- und Antwortenkatalogs erfolgt für die indikativen Erstangebote voraussichtlich bis zum **20.07.2026, 20:00 Uhr**. Die Bieter sind verpflichtet, den Fragen- und Antwortenkatalog regelmäßig zu prüfen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen im jeweiligen Angebot zu berücksichtigen.

## 2.7 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Als unzulässige Wettbewerbsbeschränkung gelten insbesondere wettbewerbswidrige Verhandlungen und Verabredungen mit anderen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, die Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge und andere Preisbestandteile, Zahlungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar den Preis beeinflussen, Entrichtungen von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, es sei denn, dass sie nach § 22 GWB zulässig sind. Solchen Handlungen von Bietern stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihnen beauftragt oder für sie tätig sind.

## 2.8 Nachunternehmer

Die Einschaltung von Nachunternehmern ist zulässig. Schaltet ein Bieter Nachunternehmer ein, haftet dieser Bieter als späterer Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Gesamtabwicklung des Vertrages.

Soweit der Bieter Leistungen auf Nachunternehmer übertragen möchte, die er noch nicht in seinem Teilnahmeantrag genannt hat, hat er mit Abgabe des Angebotes zu erklären, welche Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden. Hierfür ist die **Anlage 4** zu verwenden. Nach Möglichkeit sind die Nachunternehmer bereits jetzt namentlich zu benennen.

Zum Nachweis, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er auf gesondertes Verlangen der RBM zu dem von diesem bestimmten Zeitpunkt diese Unternehmen zu benennen und entsprechende Verpflichtungserklärungen der Nachunternehmer (**Anlage 5**) vorzulegen.

## 2.9 Angebotsfrist und Terminplan

Die Angebotsfrist für die ersten indikativen Angebote endet am **27.07.2026, 12:00 Uhr**.

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote schriftlich zurückgezogen werden.

Für das Verfahren gilt folgender vorläufiger Terminplan, auf den sich die Bieter einzurichten haben:

Verfahrensschritt	Zeitpunkt / Zeitraum
Eingang der indikativen Erstangebote	bis 27.07.2026, 12:00 Uhr
Prüfung der indikativen Angebote	bis 31.07.2026
Verhandlungsrunde mit den Bietern	KW 33
Aufforderung zur Abgabe letztverbindlicher Angebote	14.08.2026
Eingang der letztverbindlichen Angebote	26.08.2026, 12:00 Uhr
Prüfung und Wertung der letztverbindlichen Angebote	bis 09.09.2026
Versand der Vorabinformationsschreiben, § 134 GWB	ab 10.09.2026
Zuschlagserteilung	ab 21.09.2026
Spatenstich	26.09.2026

Beginn der Leistungen	unmittelbar nach Zuschlagserteilung
Vorlaufzeit	1 Monat
Fertigstellung der Bauleistungen	innerhalb von 16 Monaten nach Beauftragung, voraussichtlich März 2028

## 2.11 Geheimhaltung

Alle Unterlagen, die den Bietern im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren zur Verfügung gestellt werden, dürfen ohne Zustimmung der RBM nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch für alle vom Bieter im Zusammenhang mit diesem Vorhaben etwa beauftragte Dritte, insbesondere für Nachunternehmer.

## 2.12 Schutzrechte

Im Angebot ist anzugeben, ob für dessen Inhalt gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

## 2.13 Vorbehalt der Aufhebung

Die RBM behält sich vor, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aus wichtigem Grund aufzuheben. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn kein wirtschaftliches Angebot eingeht oder wenn die Gremien der RBM der Auftragsvergabe nicht zustimmen.

## 2.14 Kenntlichmachung von Geschäftsgeheimnissen

Nach dem GWB haben die Verfahrensbeteiligten im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich ggf. Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften der Angebote erteilen lassen (vgl. § 165 Abs. 1 GWB). Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, geboten ist (vgl. § 165 Abs. 2 GWB).

Nach § 165 Abs. 3 GWB hat jeder Beteiligte mit Übersendung seiner Akten oder Stellungnahmen auf die Wahrung der Geschäftsgeheimnisse hinzuweisen und diese in

Unterlagen deutlich kenntlich zu machen. Bieter haben ihre Geschäftsgeheimnisse bereits im Angebot zu kennzeichnen, ggf. durch Einreichen einer separaten Aufstellung über die zu schützenden Informationen und Unterlagen mit Seitenangabe. Fehlt eine deutliche Kennzeichnung, ist von der Zustimmung des Bieters zur Einsichtnahme im Sinne von § 165 Abs. 3 GWB auszugehen.

## 2.15 Vergabekammer

Zuständig für Nachprüfungsverfahren ist die:

1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen  
PF 10 13 64  
04013 Leipzig

Telefon: +49 341 977 - 3800

Fax: +49 341 977 - 1049

E-Mail: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

[https://www.lds.sachsen.de/?ID=4421&art\\_param=363](https://www.lds.sachsen.de/?ID=4421&art_param=363)

Hinweis zur Geltendmachung von Vergaberechtsverstößen vor der Vergabekammer:

Die RBM weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nur zulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber der Vergabestelle innerhalb von spätestens 10 Kalendertagen gerügt hat,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle gerügt werden,

4. der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt wird.

Weitere Einzelheiten können § 160 GWB entnommen werden.

## 3. Leistungsinhalt

### 3.1 Leistungsanforderungen und -umfang

Die RBM beauftragt den ausgewählten Auftragnehmer mit den Arbeiten zur Errichtung des Betriebshofes als schlüsselfertige Leistungen.

Die Einzelheiten ergeben sich aus der als **Anlage 1** beigefügten funktionalen Leistungsbeschreibung sowie den zugehörigen Anlagen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die in den Vergabeunterlagen mit Anlagen genannten Leistungen unter Einhaltung der vorgegebenen Bedingungen und Anforderungen innerhalb der benannten Termine und Fristen zu erbringen.

### 3.2 Vergütung / Pauschalpreis

Der Auftragnehmer erhält für seinen Leistungen den in seinem letztverbindlichen Angebot angebotenen Pauschalpreis. Die Einzelheiten zur Vergütung etwaiger Leistungsänderungen etc. sind dem Vertrag mit Vertragsanlagen (**Anlage 2**) zu entnehmen.

### 3.3 Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen

Der Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen (**Anlage 2**) ist für die jeweilige Angebotsabgabe zwingend zu beachten. In den Verhandlungsrunden dürfen die Bieter etwaige Änderungsvorschläge einbringen. Für die letztverbindlichen Angebote wird die RBM einen einheitlichen Vertrag mit Vertragsanlagen vorgeben, den alle Bieter zwingend ihrem letztverbindlichen Angebot zu Grunde legen müssen.

### 3.4 Optimierungsvorschläge

Die Bieter dürfen mit ihrem indikativen Angebot auf gesonderter Anlage Optimierungsvorschläge zum Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen (**Anlage 2**) sowie zur funktionalen Leistungsbeschreibung mit Anlagen (**Anlage 1**) einbringen. Die Bieter sollen dabei möglichst die wirtschaftlichen und sonstigen Vorteile der vorgeschlagenen Änderung darstellen. Ein Anspruch auf Berücksichtigung besteht nicht.

Für die jeweilige Angebotsabgabe gilt der jeweils von der RBM vorgegebene Vertrag mit Vertragsanlagen (**Anlage 2**), um die Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten.

## 4. Wertungssystem und Zuschlagskriterien

### 4.1 Wertungssystem

Die RBM wird die fristgerecht eingereichten Angebote in diesem Vergabeverfahren prüfen und werten. Dabei wird sie die Angebote zunächst formal prüfen, d.h. sie auf Vollständigkeit bzw. Abweichungen von den Anforderungen aus den Vergabeunterlagen kontrollieren. Erfüllt ein Angebot nicht die Anforderungen bzw. die zwingenden Vorgaben aus den Vergabeunterlagen, wird es in der Regel ausgeschlossen.

Zudem wird die Angemessenheit der Preise untersucht. Die wirtschaftliche Auswertung erfolgt anhand der nachbenannten Zuschlagskriterien.

Die RBM behält sich ausdrücklich vor, die Zuschlagskriterien mit ihren Erläuterungen und Gewichtungen im Rahmen des Verfahrens - soweit im Interesse eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sinnvoll und rechtlich zulässig - zu präzisieren. Insbesondere kann er Unterkriterien bilden und einzelne Kriterien streichen oder diese durch zusätzliche Mindestanforderungen einengen und verändern, wenn und soweit die damit verbundenen Anforderungen an die Angebote für alle Bieter einheitlich verbindlich vor Angebotsabgabe vorgegeben werden.

### 4.2 Zuschlagskriterien

Folgende Zuschlagskriterien sieht die RBM mit Unterkriterien und Gewichtungen vor:

Zuschlags- kriterium	Unterkriterium	Punkt- zahl	Gewich- tung	max. Ergebnis	Bewertung prozentual
<b>Angebotspreis (netto)</b>	<p>Gewertet wird der Angebotspreis (netto) für alle Leistungen.</p> <p>Zur Ermittlung der Punktzahl wird der niedrigste Wert mit dem Faktor 60 multipliziert und durch den jeweiligen Wert des Bieters dividiert. Das so ermittelte Punkt-Ergebnis wird bis zur ersten Nachkommastelle nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rundung gerundet.</p>			60	<b>60 %</b>

<b>Qualität des Baukonzeptes mit Bauablaufterminplan</b>	Plausible und überzeugende Darstellungen des Bieters, wie bei Bau der Bauablaufterminplan mit den vorgegebenen Terminen und Meilensteinen unter Angabe des Projektsetups inkl. Organigramm und Angabe der Projektverantwortlichen eingehalten wird. Zudem ist das Schnittstellenmanagement der einzelnen Gewerke zu beschreiben sowie ein Baustellen-Einrichtungsplan (BE-Plan) mit Angaben zu Zwischen-Lagerplätzen (für Erdaushub) und BE-Flächen (für Container) mit dem Konzept einzureichen.  Maximal sind 30 Punkte erreichbar.	30	<b>30 %</b>
<b>Reaktionszeiten für Rückrufe bzw. Rückmeldungen per E-Mail</b>	Die Reaktionszeiten sind verbindlich zuzusagen und werden Vertragsinhalt. Maximal sind 3 Punkte erreichbar.	3	<b>3 %</b>
<b>Reaktionszeiten für kurzfristige Termine vor Ort</b>	Die Reaktionszeiten sind verbindlich zuzusagen und werden Vertragsinhalt. Maximal sind 7 Punkte erreichbar.	7	<b>7 %</b>

### 4.2.1 Wertungsrelevanter Angebotspreis

Für dieses Zuschlagskriterium wird der Angebotspreis (netto) gewertet.

Der niedrigste wertungsrelevante Angebotspreis (netto) erhält 60 Wertungspunkte. Alle übrigen Angebote werden gemäß der nachstehenden Formel miteinander ins Verhältnis gesetzt:

$$\text{Wertungspunktzahl Angebot} = \frac{\text{Wert.relev. Angebotspreis netto des niedrigsten Angebotes} \times 60}{\text{Wertungsrelevanter Angebotspreis netto Angebot}}$$

Die so ermittelte Punktzahl wird nach den Grundsätzen der kaufmännischen Rundung bis auf die erste Nachkommastelle gerundet. Maximal sind 60 Wertungspunkte erreichbar.

## 4.2.2 Qualität des Baukonzeptes mit Bauablaufterminplan

Jedes Angebot kann maximal 30 Wertungspunkte für die Qualität des Konzepts erhalten.

Das Konzept darf maximal einen Umfang von sechs Seiten DIN A4 (Schriftgröße mind. 11 pt, Zeilenabstand 1,5) haben. Bei umfassenderen Konzepten wird die RBM nur die ersten sechs Seiten für die Wertung einbeziehen.

Die Qualität des Baukonzeptes mit Bauablaufterminplan wird anhand der folgenden Inhalte bewertet:

Plausible und überzeugende Darstellungen des Bieters, wie bei Bau der Bauablaufterminplan mit den vorgegebenen Terminen und Meilensteinen unter Angabe des Projektsetups inkl. Organigramm und Angabe der Projektverantwortlichen eingehalten wird. Zudem ist das Schnittstellenmanagement der einzelnen Gewerke zu beschreiben sowie ein Baustellen-Einrichtungsplan (BE-Plan) mit Angaben zu Zwischen-Lagerplätzen (für Erdaushub) und BE-Flächen (für Container) mit dem Konzept einzureichen.

Die RBM wird die Konzepte wie folgt bewerten:

Bewertung Konzept	Beschreibung	Punkte
Sehr gute Qualität	In allen Belangen deutlich über dem Durchschnitt liegende Darstellung ohne Schwächen.	30 Punkte
Gute Qualität	In allen Belangen über dem Durchschnitt liegende Darstellung. Die Ausführungen sind größtenteils vollständig, nachvollziehbar und widerspruchsfrei.	24 Punkte
Befriedigende Qualität	Die Darstellung genügt den durchschnittlichen Anforderungen und enthält keine wesentlichen Schwächen.	18 Punkte

Ausreichende Qualität	Die Darstellung genügt den Anforderungen. Sie enthält aber wesentliche Schwächen.	12 Punkte
Mangelbehaftete Qualität	Nur in Teilen den Anforderungen genügende Darstellung mit deutlichen Mängeln.	6 Punkte
Ungenügende Qualität	Inhaltlich unzureichende Darstellung.	0 Punkte

### 4.2.3 Reaktionszeiten

Die Reaktionszeiten sind verbindlich zuzusagen und werden Vertragsbestandteil. Die Bieter müssen für die im Auftragsfall einzuhaltenden Reaktionszeiten in dem Angebotsformular (Anlage 3) bestimmte Minuten- bzw. Tageszahlen angeben. Die RBM bewertet die eingetragenen Reaktionszeiten gemäß folgender Wertungsmatrix:

Zuschlagskriterium		Punktzahl
Reaktionszeiten für Rückrufe bzw. Rückmeldungen per E-Mail (Montag – Freitag, 8:00 – 17:00 Uhr) durch das Projektteam	≤ 30 Minuten	3
	> 30 und ≤ 60 Minuten	2
	> 60 und ≤ 90 Minuten	1
	> 90 Minuten	0
Reaktionszeiten für kurzfristige Termine vor Ort durch das Projektteam in Stunden	≤ 1 Stunde	7
	> 1 Stunde und ≤ 2 Stunden	5
	> 2 Stunden und ≤ 3 Stunden	3

	> 3 Stunden und ≤ 4 Stunden	1
	> 4 Stunden	0

## Anlagenspiegel

- Anlage 1:** Leistungsbeschreibung mit Anlagen
- Anlage 2:** Entwurf des Vertrags mit Vertragsanlagen
- Anlage 3:** Angebotsformular
- Anlage 4:** Nachunternehmererklärung
- Anlage 5:** Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer